

## Zusammenfassung der VOX-Analyse März 2026: Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 8. März 2026

Der Abstimmungssonntag vom 8. März 2026 war geprägt von einer überdurchschnittlich hohen Beteiligung und einer klaren inhaltlichen Ausrichtung der Entscheide. Mit über 55 Prozent lag die Stimmbeteiligung deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die Mobilisierung wurde insbesondere von politisch engagierten, gut gebildeten und eher links-liberal geprägten Milieus getragen. Diese Dynamik stärkte tendenziell die institutionellen Positionen. Zur hohen Beteiligung trug wesentlich bei, dass die SRG-Initiative und das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung von den Stimmberechtigten als überdurchschnittlich relevant wahrgenommen wurden. Inhaltlich zeigt sich ein klares Muster: Während alle drei Volksinitiativen scheiterten, setzten sich die Behördenvorlagen durch. Entscheidend war dabei weniger die Problemwahrnehmung als die Ausgestaltung der Lösungen. Bei der Bargeld-Vorlage bestand ein breiter Konsens über das Grundanliegen, durchgesetzt hat sich jedoch der moderatere Gegenentwurf. Auch bei der SRG-Initiative war nicht die Kritik an den Gebühren ausschlaggebend, sondern ein lagerübergreifend wirksames Solidaritätsargument, das die Vorlage zu Fall brachte. Die Klimafonds-Initiative blieb demgegenüber auf ihr linkes Kernmilieu beschränkt und konnte keine mehrheitsfähige Allianz bilden. Das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung wurde trotz Widerstand aus traditionell orientierten Milieus angenommen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'271 Stimmberechtigten der VOX-Analyse März 2026. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

### Gegenentwurf setzt sich deutlich durch

#### **Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» und direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung**

Der direkte Gegenentwurf wurde mit 73.4 Prozent Ja-Stimmen und allen Standesstimmen deutlich angenommen, während die Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» mit 54.4 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde. Stimmvolk und Kantone entschieden sich damit klar für den Gegenentwurf. Die Stimmberechtigten schätzten die persönliche Relevanz der beiden Vorlagen als gering ein. Das Abstimmungsverhalten folgte dennoch klar politischen Grundhaltungen: Die Initiative fand vor allem bei SVP-Sympathisierenden und rechts aussen positionierten Personen Unterstützung, während der Gegenentwurf parteiübergreifend Zustimmung erhielt. Inhaltlich war der Schutz des Bargeldes kaum umstritten, wohl aber der Weg dorthin. Die Befürwortenden der Initiative argumentierten primär mit Freiheit und Sicherheit, während der Gegenentwurf als pragmatischere und verhältnismässige Lösung überzeugte. Dass zentrale Argumente über die Lagergrenzen hinweg geteilt wurden, trug wesentlich zum deutlichen Ja bei. Ausschlaggebend war damit weniger die Frage des «Ob» als des «Wie». Der Gegenentwurf bot für eine Mehrheit die überzeugendere Antwort.

### Solidarität schlägt Sparargument – SRG-Initiative scheitert Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

Die SRG-Initiative wurde mit 61.9 Prozent Nein-Stimmen deutlich verworfen. Die Vorlage wurde als besonders relevant wahrgenommen und die Meinungsbildung erfolgte mehrheitlich früh. Das Stimmverhalten folgte klar ideologischen und wertorientierten Mustern. Zustimmung fand die Initiative vor allem bei rechts positionierten Personen mit geringem Vertrauen in mediale Institutionen sowie marktliberalen und traditionell orientierten Haltungen. Entlang der Links-Rechts-Achse zeigte sich eine starke Polarisierung. Auch soziodemografisch war die Zustimmung bei jüngeren, tiefer gebildeten und einkommensschwächeren Personen höher. Die Zustimmung zur Initiative wurde in erster Linie durch finanzielle Motive begründet, während die Kritik an der SRG zwar ein wichtiges, aber klar nachgelagertes Argument blieb. Die Ablehnung fusste demgegenüber vor allem auf den Wunsch nach einer starken, unabhängigen SRG sowie auf die wahrgenommene Qualität und Glaubwürdigkeit ihres Angebots – und bildete damit ein klares Gegenmotiv zur Kritik der Befürwortenden. Inhaltlich vermochten die Pro-Argumente kaum über das Ja-Lager hinaus zu überzeugen und wirkten stark polarisierend. Demgegenüber fanden die Kontra-Argumente breitere Zustimmung. Ausschlaggebend war das Solidaritätsargument zugunsten der Sprachregionen, das weit über die Lagergrenzen hinaus unterstützt wurde und wesentlich zur Ablehnung beitrug.

### Klimafonds mobilisiert nur das eigene Lager Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Die Klimafonds-Initiative wurde mit 70.7 Prozent Nein-Stimmen von allen Vorlagen am deutlichsten verworfen. Sie wurde als mittel relevant wahrgenommen, das Stimmverhalten folgte jedoch klar ideologischen und wertorientierten Mustern. Zustimmung fand die Initiative vor allem bei links positionierten Personen mit hohem Vertrauen in umweltbezogene Akteure und einer umweltschutzorientierten Wertehaltung. Entlang der Links-Rechts-Achse zeigte sich eine ausgeprägte Polarisierung. Auch soziodemografisch war die Zustimmung bei jüngeren und höher gebildeten Personen höher. Inhaltlich vermochten die Pro-Argumente kaum über das Ja-Lager hinaus zu überzeugen, während die Kontra-Argumente breiter abgestützt waren. Ausschlaggebend waren wirtschaftliche Bedenken sowie die Einschätzung, dass die bestehenden Instrumente der Klimapolitik ausreichen. Insgesamt blieb die Initiative auf klar definierte, klimapolitisch engagierte Milieus beschränkt und konnte keine mehrheitsfähige Allianz bilden.

## Individualbesteuerung angenommen – Gleichstellung als zentrales Motiv Bundesgesetz über die Individualbesteuerung

Das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung ist der indirekte Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament zur Steuergerechtigkeits-Initiative der FDP-Frauen. Gegen die Vorlage wurde sowohl das Kantonsreferendum als auch ein fakultatives Referendum ergriffen. Am 8. März 2026 nahm das Stimmvolk das Gesetz mit 54.3 Prozent an. Die Vorlage wurde als besonders relevant wahrgenommen. Das Stimmverhalten folgte klar politischen und gesellschaftlichen Grundhaltungen: Während Sympathisierende von SP und Grünen deutlich zustimmten, kam die Ablehnung vor allem aus dem Umfeld von SVP und Mitte. Entlang der Links-Rechts-Achse zeigte sich damit ein strukturiertes Muster. Soziodemografische Unterschiede traten vor allem beim Bildungsgrad auf, wobei höher gebildete Personen häufiger zustimmten, während das Einkommen keinen klaren Einfluss zeigte. Entscheidend waren Werthaltungen. Zeitgeistorientierte und gleichstellungsfreundliche Personen stimmten deutlich häufiger zu als traditionsorientierte. Inhaltlich standen Gleichstellung und Steuergerechtigkeit einer Kritik an Mehraufwand, möglichen Ungleichheiten und der Benachteiligung traditioneller Familienmodelle gegenüber. Gleichzeitig bestand ein breiter Konsens über das Grundanliegen der Gleichbesteuerung.

### Höchste Mobilisierung seit zwei Jahren Die Beteiligung

Mit 55.8 Prozent erreichte die Stimmbeteiligung im März 2026 den höchsten Wert seit März 2024 und lag damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die Teilnahme blieb sozial selektiv: Ältere, bildungs- und einkommensstarke Personen beteiligten sich deutlich häufiger als Jüngere oder Personen mit geringerer formaler Bildung. Frauen beteiligten sich mit 54 Prozent etwas schwächer als Männer (58%). Die höchste Beteiligung zeigte sich bei Männern ab 65 Jahren (77%). Politisch war die Mobilisierung bei Sympathisierenden der GLP (81%), der Grünen (68%) und der SP sowie FDP (je 65%) am stärksten, die SVP mobilisierte verglichen mit den anderen Parteien schwächer (55%) während politisch Ungebundene (27%) deutlich unterdurchschnittlich partizipierten.

### Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 8. März 2026 hatte das Schweizer Stimmvolk über vier Vorlagen zu entscheiden: die Initiative «Bargeld ist Freiheit» und der direkte Gegenentwurf dazu, die SRG-Initiative, die Klimafonds-Initiative und das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung.

## Über die Studie

### Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheidung der Stimmberechtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#), die alten VOX-Berichte sind es bereits.

### Wer finanziert die VOX-Studien?

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf [vox.gfsbern.ch](http://vox.gfsbern.ch)

gfs.bern ag  
Effingerstrasse 14  
CH – 3011 Bern  
+41 31 311 08 06  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter [www.schweizermarktforschung.ch](http://www.schweizermarktforschung.ch)

 **SWISS INSIGHTS**  
Institute Member

**gfs.bern** 